Helmut Slapnicka:

Die Stellungnahme des Deutschtums der Sudetenländer zum „Historischen Staatsrecht“ *

I

Nichts hat während ihrer Zugehörigkeit zur Donaumonarchie die zunehmende Entfremdung zwischen den beiden Völkern, die die böhmischen Länder seit alters her gemeinsam bewohnen, so beschleunigt, die Kluft zwischen ihnen so vertieft, wie die jahrzehntelange Auseinandersetzung um das historische böhmische Staatsrecht. Alle tschechischen Parteien — von den Sozialdemokraten und den fortschrittlichen Realisten abgesehen — hatten den Kampf für das böhmische Staatsrecht auf ihre Fahnen geschrieben¹, alle deutschen Parteien der Sudetenländer, und diese ausnahmslos, lehnten es ebenso entschieden ab: „Die Zeit ist mit ehernem Tritt über das böhmische Staatsrecht hinweggegangen und hat es erbarmungslos zermalmt“, sagte Josef Unger², der angesehenste österreichische Jurist seiner Zeit, ein „Attentat gegen den österreichischen Staat“ hat es Ernst Plener genannt³, und Schönerer hat im Wiener Abgeordnetenhaus erklärt: „Deutsches Volksrecht bricht tschechisches Staatsrecht.“

Gegen die literarischen Verfechter des böhmischen Staatsrechts — einen Kalousek, Toman, Kramář⁴ — stand die deutsche Wissenschaft

*) Vortrag, gehalten auf der Tagung der Historischen Kommission der Sudetenländer am 21. Okt. 1958 in Marburg a. d. Lahn.

1) vgl. J. Kapras, Das böhmische Staatsrechtsprogramm. In: Die Tschechoslowakische Republik. Ihre Staatsidee in der Vergangenheit und Gegenwart. 1. Bd, Prag 1937. S. 98; ders., K českému politickému programu do převratu [Zum tschech. pol. Programm bis z. Zt. des Umsturzes]. In: Sborník vlastivěda, díl V. [Tschechosl. Heimatkunde, 5. Bd]. Prag 1931. S. 47—58.

2) G. Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich. 2. Bd, Wien 1903. S. 85.

3) Reden von Dr. Ernst Frh. v. Plener. Stuttgart 1911. S. 674.

4) Ihre wichtigsten einschlägigen Werke waren der deutschen Leserschaft zugänglich. J. Kalouseks Schrift „Einige Grundlagen des böhmischen Staatsrechtes“ erschien bereits 1870, ein Jahr vor seinem allerdings wesentlich umfangreicheren tschechischen Werk; 1872 erschien in deutscher Sprache die Schrift von H. Toman „Das Böhmisches Staatsrecht und die Entwicklung der österreichischen Reichsidee 1527—1848“. K. Kramář gab sein Werk „Das böhmische Staatsrecht“ (1896) gleichfalls in deutscher Sprache heraus. Vgl. H. Slapnicka, Der Weg der tschechischen Rechtswissenschaft. In: Der Donauraum, 2. Jg. (1957), S. 190 f.

nicht nur der Sudetenländer, sondern ganz Österreichs geschlossen auf⁵, und jede politische Kundgebung von tschechischer Seite wurde mit einer Gegenerklärung der Deutschen beantwortet, angefangen von der „Deklaration“ der tschechischen Landtagsabgeordneten von 1868, deren Mandate daraufhin von der deutschen Landtagsmajorität aberkannt wurden⁶, bis zu dem letzten Nachklingen des Kampfes um ein böhmisches Staatsrecht während des Ersten Weltkrieges, als 1917 der staatsrechtlichen Erklärung der Abgeordneten des „böhmischen Volkes aus allen drei Ländern der Krone des Heiligen Wenzel“ am 30. Mai 1917 die Mitglieder des deutsch-nationalen Verbandes und der christlich-sozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter entgegentraten: „Das böhmische Staatsrecht, durch welches Millionen von Deutschen in den Sudetenländern gegen ihren eigenen Willen in ein neues Staatsgebilde eingezwängt werden sollen, ist nicht nur für diese, sondern für die Deutschen aller Länder und aller Parteien ein- für allemal abgetan. . . Jeder Versuch einer Wiedererweckung des böhmischen Staatsrechts wird den schärfsten Widerstand aller Deutschen im Staat hervorrufen.“⁷

Zur Verschärfung des Kampfes um das böhmische Staatsrecht gerade in dem entscheidenden Jahrzehnt zwischen 1860 und 1871 hat es maßgeblich beigetragen, daß den Tschechen damals nicht nur die Deutschen des eigenen Landes gegenüberstanden, sondern die gleichen Männer auch

5) Die einzige Ausnahme macht — aus seiner Abneigung gegen die österreichische Verfassung von 1867, die verfassungstreue Partei und ihr „verwaschenes Österreichertum“ — der Grazer Historiker H. von Zwiedineck-Südendorf (1845—1906). In der von ihm herausgegebenen „Zeitschrift für Geschichte und Politik“ tritt er in einem Beitrag über „Das böhmische Staatsrecht und die deutsch-nationale Politik in Österreich“ (5. Jg., 1888, S. 165—181) dafür ein, daß die Deutschen Böhmens aus freiem Entschluß an der Verwirklichung des Lieblingswunsches der Tschechen nach Anerkennung des böhmischen Staatsrechts mitwirken und dabei keine Rücksicht auf die gesamtstaatlichen Interessen nehmen, „als deren Hüter sie sich noch immer in die Brust werfen, obwohl sie niemand dazu bestellt“ (S. 179). „Denn nur vom nationalen Gesichtspunkt werden die Deutschen in Österreich den Ausgleich mit den Tschechen zu beurteilen haben. Sie werden der Änderung der Verfassung zustimmen, weil diese für ihre nationalen Interessen wertlos geworden ist.“ (S. 180.) (Über Zwiedinecks politische Einstellung vgl. H. Srbik, Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart. 2. Bd, München u. Salzburg 1951. S. 108—109.)

6) Der böhmische Landtag wies 1861 trotz eines tschechischen Bevölkerungsanteils von etwa drei Fünfteln eine deutsche Mehrheit auf. Vgl. H. Hantsch, Die Geschichte Österreichs. 2. Bd, Graz 1953. S. 386.

7) A. Czedik, Zur Geschichte der k. k. österreichischen Ministerien 1861—1916. 1. Bd, Teschen 1917. S. XXVI.

auf Wiener Boden. Die liberale Herrschaft in Österreich war ja eine Herrschaft der Sudetendeutschen.⁸ Das böhmische Staatsrecht stand nicht nur mit den nationalen Belangen der Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens in Widerspruch, sondern auch mit den Interessen eines gesamtösterreichischen Zentralismus, deren eifrigste Verfechter gleichfalls die Sudetendeutschen waren. Ludwig Schlesinger hat in seiner Geschichte Böhmens den Standpunkt seiner — der liberalen — Partei sehr klar zusammengefaßt: „Die Deutsch-Böhmen können sich für die Wiederherstellung der Krone Böhmens nicht begeistern, da sie dieselbe mit dem Bestande des Staates als nicht vereinbar und für ihre Nationalität höchst gefährlich halten. Ein kräftiges Zentralparlament entspricht ihren Wünschen am meisten; den infolge des Dualismus auf die eine Reichshälfte beschränkten Vertretungskörper nahmen sie zwar ungern an, zogen ihn aber bei weitem einem Generallandtag der böhmischen Länder vor. Zur Wahrung ihrer Nationalität kämpfen die Deutsch-Böhmen für die Interessenvertretung, da erst durch dieselbe das Bürgertum, der Handel, die Industrie, das Kapital, welche Faktoren sie im Lande seit altersher beherrschen, das richtige Stimmenverhältnis erlangen.“⁹ Die zentralistischen Bestrebungen der Sudetendeutschen hat Ignaz Plener¹⁰ begründet: „Die Deutschen Böhmens wollen und müssen wollen, daß sie, weil in Böhmen in der Minorität sich befindend, mit den Deutschen der anderen Kronländer ein geeinigtes Ganzes mittels des Zentralparlaments bilden.“ Es war der Versuch, sich durch ihren eigenen Zentralismus vor dem Zentralismus der tschechischen Föderalisten zu schützen.¹¹ Nur wenige haben damals schon, wie etwa Schuselka, vorausgesehen, daß diese Mehrheit der Deutschen im Zentralparlament nicht lange erhalten bleiben konnte.

Aber mit dem Abtreten der Liberalen von der politischen Bühne war der Kampf der Deutschen gegen das böhmische Staatsrecht nicht beendet. Nicht nur die Deutschnationalen führten ihn fort, das Brüner Programm der Sozialdemokraten von 1899 wendet sich energisch gegen die historischen Kronländer und stellt ihnen national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gegenüber. Karl Renner bezeichnet die Kronländer als den inneren Feind der habsburgischen Monarchie¹² und noch in

8) E. Wiskemann in: Czechs and Germans, London 1938, zit. nach W. Jaksch, Europas Weg nach Potsdam. Stuttgart 1958. S. 74.

9) L. Schlesinger, Geschichte Böhmens. 2. Aufl. Prag 1870. S. 655.

10) in einem Brief an seinen Sohn Ernst P. vom 6. 4. 1871, sh. P. Molisch, Briefe zur deutschen Politik in Österreich von 1848 bis 1918. Wien 1934. S. 75.

11) F. Funder, Vom Gestern ins Heute. Wien 1952. S. 89.

12) K. Reinold, Sozialdemokratische Vorschläge zur Kreisverfassung. In: Deutsche Arbeit, Prag, 16. Jg. (1916/17), S. 198; über die gleiche Auffassung bei den tschechischen Sozialdemokraten vgl. W. Jaksch, S. 92.

seinen letzten Lebensjahren, als Präsident der Republik Österreich, spricht er von einem „durch Jahrhunderte erloschenen historischen Staatsrecht der Länder der Wenzelskrone, das drei Millionen Deutsche ihrer Herrschaft ausliefern sollte.“¹³

Die Christlich-Sozialen, die sich in der Ablehnung der Badenischen Sprachenverordnung in eine Linie mit den anderen deutschen Parteien der Linken gestellt hatten, haben das Pfingstprogramm¹⁴ mitunterzeichnet, das alle staatsrechtlichen Bestrebungen zurückweist, und gingen auch bei der Beantwortung der Thronrede Kaiser Karls mit den übrigen bürgerlichen Parteien gemeinsam vor. Ihre Argumente gegen das böhmische Staatsrecht waren nicht nur tagespolitischer Natur, sondern moraltheologisch untermauert, wobei sie sich auf die sorgfältigen Untersuchungen des Prager Weihbischofs Wenzel Frind stützen konnten.¹⁵

Diese starre Front zwischen Tschechen und Deutschen, diese geschlossene Phalanx, die sich gegenüberstand, sobald das Stichwort „böhmisches Staatsrecht“ fiel, lockert sich freilich, wenn man den Inhalt der staatsrechtlichen Ansprüche näher analysiert. Da zeigt es sich, daß nicht alles und jedes, was den Deutschen als unerfüllbare Forderung vorschwebt, auch tatsächlich und zu jeder Zeit von allen Tschechen gefordert wurde, und umgekehrt ergibt sich, daß nicht alle Sudetendeutschen rundweg alles, was die Tschechen im Rahmen ihres staatsrechtlichen Programms verlangten, abgelehnt haben.¹⁶

Lange waren sich die Tschechen selbst nicht schlüssig, ob sie ihre nationalen Forderungen im Rahmen Österreichs naturrechtlich, also sprachlich-ethnisch begründen sollten, oder historisch, staatsrechtlich. Wenn sich schließlich die Führer des tschechischen Volkes für das zweite, das staatsrechtliche Argument entschlossen, so erwiesen sie sich damit als gelehrige Schüler ihrer deutschen Professoren, als etwas verspätete

13) K. Renner, Österreich von der ersten zur zweiten Republik. Wien 1950. S. 168.

14) National-politisches Programm der Gemeinbürgerschaft v. 20. 5. 1889, vgl. G. Kolmer, 7. Bd, Wien 1911, S. 297, u. A. Czedik, Zur Geschichte der k. k. österreichischen Ministerien 1861—1916. 2. Bd, Teschen 1917. S. 453.

15) W. Frind, Das sprachliche und sprachlich-nationale Recht in polyglotten Staaten und Ländern mit besonderer Rücksichtnahme auf Österreich und Böhmen. Wien 1899. Dazu vgl.: R. Kann, Ein deutsch-böhmischer Bischof zur Sprachenfrage. In: Festschrift für Heinrich Benedikt. Wien 1957. S. 162—179.

16) Den Wandel im Lager des feudalen und des verfassungstreuen Großgrundbesitzes schildert anschaulich J. M. Baernreither, Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Wien 1939. S. 183 ff. Über die ursprüngliche Ablehnung und spätere Bejahung des staatsrechtlichen Programms durch die Jungtschechen vgl. H. Münch, Böhmisches Tragödie. Braunschweig 1949. S. 431.

Anhänger der rechtshistorischen Schule, mit deren Argumenten sie das ihnen vorschwebende politische Ziel — den souveränen tschechischen Nationalstaat — zu erreichen hofften.

Daß diese Entscheidung zugunsten des historischen Rechts gar nicht der damaligen politischen Situation und der natürlichen Entwicklung entsprach, sondern künstlich und mit viel Mühe von den politischen Führern dem Volke eingeredet werden mußte, hat Jan Kapras überzeugend dargelegt, wenn er feststellt¹⁷, daß um das Jahr 1860 die Tschechen weit eher mit dem Programm der deutschen Liberalen, mit dem demokratischen Kurs eines Schmerling, mit dem verfassungsrechtlichen Fortschritt der Februar-Verfassung sympathisiert hätten als mit den Verfechtern eines böhmischen Staatsrechtes, deren Konservatismus und aristokratische Gesinnung sie abstieß.

Schließlich hat Masaryk sehr treffend auf die Verschiebung der Anschauungen hingewiesen, die sich im Laufe der Jahrzehnte zwischen dem deutschen und dem tschechischen Standpunkt ergeben haben: „Die Deutschen haben, wenn ich die Entwicklung vom Jahre 1848 an beobachte, für uns leider zu sehr den Staat geltend gemacht, während wir mehr die Nationalität in den Vordergrund gestellt haben. Jetzt fangen die Deutschen an, national zu werden, während wir wiederum den Staatsgedanken erfassen.“¹⁸

Es sind also keineswegs unverrückbare Unterschiede, die Deutsche und Tschechen von einander trennen, vielmehr zeigt es sich, daß Begriff und Inhalt des böhmischen historischen Staatsrechtes Wandlungen unterworfen sind, daß es sich um einen Komplex von Forderungen und Vorstellungen handelt, deren einzelne Komponenten einer näheren Analyse bedürfen.

II

Große Meinungsverschiedenheiten löste die dem böhmischen Staatsrecht immanente Berufung auf das Historische aus, einmal die Frage, ob in der Politik überhaupt mit einer geschichtlichen Beweisführung argumentiert werden dürfe, zum anderen die Frage, ob die tschechische These vom Weiterbestehen eines böhmischen Staatsrechtes zutreffend sei.

In der Beantwortung der zweiten Frage waren sich wiederum sämtliche deutschen Historiker und Rechtshistoriker einig, nämlich in dem Hinweis auf den historischen Umwandlungsprozeß des staatlichen Organismus, der eine unmittelbare Anknüpfung des modernen Staates an die Verhältnisse des ständischen Staates nicht zulasse.¹⁹ (So vor allem

17) J. Kapras, K českému politickému programu, S. 93.

18) zit. n. A. Czedik, Gesch. d. k. k. öst. Ministerien. 4. Bd, Teschen 1920. S. 117.

19) R. Herrnritt, Handbuch des österreichischen Verfassungsrechtes. Tübingen 1909. S. 71.

Friedrich Tezner²⁰ und Alfons Dopsch²¹, in letzter Zeit Rudolf Stanka²²). „Der Jurist bezeichnet das Schicksal, von dem das böhmische Staatsrecht betroffen worden ist, mit dem Ausdruck *nova causa superveniens* und meint damit, daß jedes Recht mit den Tatsachen, auf die es sich gründet, die seine Stütze bilden, steht und fällt“, sagt dazu Tezner.²³

Es waren nicht nur einzelne im sudetendeutschen Lager, die den tschechischen Anschauungen gegenübertraten. Nicht zufälligerweise entstand 1862, also zu Beginn der Auseinandersetzungen um das böhmische Staatsrecht, der „Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen“, dessen Aufgabe und Ziel Konstantin Höfler bei der Eröffnungsfeier unter deutlicher Bezugnahme auf das tschechische Staatsrechtsprogramm umriß: „Wenn im gegenwärtigen Augenblick die einzelnen Völker an ihre Vergangenheit appellieren und dieselbe als Rüstzeug betrachten, um ihrer Zukunft eine beliebige Gestaltung zu geben, so kann auch dem Deutschen nicht verwehrt werden, wenn er gleichfalls den historischen Grund seines Bestandes aufmerksam erörtert.“²⁴

Die Überlegungen der Historiker hat Max Menger sehr wirksam in politische Argumente umgemünzt. Als der jungtschechische Dr. Grégr im Abgeordnetenhaus des Wiener Reichsrates die „Vernewerte Landesordnung“ als die Grundlage des böhmischen Staatsrechts erklärte, erwiderte Menger: „Würde durch irgend eine übermächtige Gewalt dieses Staatsrecht wieder eingeführt werden, welches Glück würde dem Vordredner und seinen Kollegen daraus erblühen? Das erste wäre, daß Dr. Grégr gar nicht das Recht hätte, in einem Vertretungskörper zu sitzen, und daß sein Freund Dr. Herold und alle anderen gar nicht passiv wahlfähig wären. Sie wären nur vertreten — wie die vernewerte Landesordnung es anordnet — durch ihre gnädigen Herren, durch Prälaten, Grafen und Barone; einige wenige Vertreter der Städte würden nahe an der Tür des Landtagsssaales eine sehr bescheidene Stellung einnehmen.“²⁵

20) F. Tezner, Technik und Geist des ständisch-monarchischen Staatsrechts (Schmollers staats- u. socialwiss. Forschungen, XIX, 3). Leipzig 1901. Gegen Tezner vgl. F. Vavřínek, O státoprávní povaze království a zemí na říšské radě zastoupených. [Über den staatsrechtl. Charakter der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder.] Prag 1905. S. 169.

21) A. Dopsch, Die historische Stellung der Deutschen in Böhmen. In: R. Lodgman, Deutschböhmen. Berlin 1919. S. 49 f.

22) R. Stanka, Böhmisches Konföderationsakte von 1619. Berlin 1932; ders., Zum böhmischen Staatsrecht. In: Mitt.bl. d. Forschungsinst. f. Fragen d. Donauraumes, Wien, 2. Jg. (1955), S. 23—24.

23) F. Tezner, Zum neuesten böhmischen Staatsrecht. In: Österreichische Rundschau, 53. Bd (1917), S. 246—247.

24) Zs. f. sudetendt. Gesch., 2. Jg. (1938), S. 29.

25) 16. 6. 1891, G. Kolmer, 5. Bd, Wien 1909, S. 49—50; näher ausgeführt bei M. Menger, Der Böhmisches Ausgleich. Stuttgart 1891. S. 47—59.

Die erste staatsrechtliche Darstellung und Kritik des böhmischen Staatsrechts von deutscher Seite stammt von Friedrich Tezner.²⁶ Die wesentlichsten Punkte seiner Beweisführung sind folgende:

- 1) Die Verfechter des böhmischen Staatsrechts brandmarken die Vernichtung der böhmischen Hofkanzlei durch die österreichischen Zentralisierungsmaßnahmen als einen nicht sanierbaren Rechtsbruch, lassen es aber unerwähnt, daß durch die Zentralisierung des Gerichtswesens für alle drei Länder der böhmischen Krone (Böhmische Hofkanzlei und Appellationsgericht) die Privilegien der schlesischen Stände gegen deren Widerspruch vernichtet wurden.
- 2) Sowohl die böhmische Charte vom 8. April 1848²⁷ als auch das Reskript vom 29. September 1870²⁸ verweisen die Wünsche nach Wiederherstellung des böhmischen Staates an die Reichsgesetzgebung und den Reichstag, also ein der böhmischen Landesverfassung ganz unbekanntes Organ. Es handelt sich hierbei um politisch zwar höchst bedeutsame Versprechen, aber keine rechtsbegründenden Akte.
- 3) Die gegenwärtigen nationalen und politischen Verhältnisse der Deutschen in Böhmen, wie sie sich seit 150 Jahren herausgebildet haben, können auf das Attribut historisch ebenso Anspruch erheben wie die staatsrechtliche Individualität Böhmens.
- 4) Bei den Plänen um die Wiederherstellung des böhmischen Staatsrechts handelt es sich um eine politische Idee, die sich einer juristischen Beweisführung entzieht: „Vielleicht wird die Geschichte dieser Bewegung die Vorgeschichte der Neubegründung eines böhmischen Staates sein, aber eine Rechtskontinuität zwischen diesem und dem alten Staat wird ebenso wenig bestehen, wie zwischen dem gegenwärtigen Deutschen Reich und dem alten römischen Reich deutscher Nation.“

Josef Ulbrich, der Ordinarius für Staatsrecht an der Prager deutschen Universität von 1884 bis 1910, gibt im „Österreichischen Staatswörterbuch“ eine Zusammenfassung aller vom juristischen und rechtshistorischen Standpunkt gegen das böhmische Staatsrecht erhobenen Einwendungen, die sich in folgende Punkte²⁹ zusammenfassen lassen:

26) F. Tezner, Böhmisches Staatsrecht. In: Die Zeit, Wien, 12. Bd, Nr. 148 u. 149 v. 31. 7. u. 7. 8. 1897.

27) darüber vgl. R. Zehntbauer, Verfassungswandlungen im neueren Österreich. Heidelberg 1911; K. Hugelmann, Das kaiserl. Kabinettschreiben v. 8. 4. 1848 und das Ministerium Pillersdorff. In: Jb. d. V. f. Landeskunde von Niederösterreich, 1916/17.

28) G. Kolmer, 2. Bd, S. 74—76.

29) Österr. Staatswörterbuch. 2. Aufl., 1. Bd, Wien 1905. S. 586—587. Vgl. ferner J. Ulbrich, Das österr. Staatsrecht. Tübingen, 3. Aufl. 1904. § 19. Die staatsrechtl. u. Nationalitätenfrage in Böhmen. S. 38—42.

- 1) Das böhmische Staatsrecht läßt den historischen Entwicklungsprozeß außer acht, der insbesondere seit Maria Theresia für die westlichen Länder der Donaumonarchie einheitliche Institutionen geschaffen hat.
- 2) Gegenüber dem durch die absolute landesherrliche Gewalt angebahnten Einigungsprozeß befindet sich das Land Böhmen in keiner anderen Lage als die übrigen Territorien der Monarchie.
- 3) Durch Beseitigung der Landstände, die insbesondere in der Reichsverfassung vom 4. März 1849 ausgesprochen wurde, ist das Rechts-subjekt weggefallen, welches Träger der in der alten Landesverfassung bestimmten Rechte war.
- 4) Die seit 1867 geltende Verfassung ist eine völlige Neuschöpfung, der böhmische Landtag somit in keiner Weise ein Rechtsnachfolger des alten ständischen Landtages; seine Kompetenz beruht nur in den Verfassungsgesetzen, die ihn geschaffen haben.

Detailfragen aus diesem rechtshistorischen Problemkreis wurden aber nicht nur auf wissenschaftlicher Ebene behandelt, sondern waren vielfach Gegenstand parlamentarischer Auseinandersetzungen, so etwa in der Debatte zwischen Giskra und Rieger im Wiener Abgeordnetenhaus über die Echtheit der Krone des Hl. Wenzel³⁰ oder die Ausführungen von Professor Konstantin Ritter von Höfler über das gleiche Thema im böhmischen Landtag.³¹ Schließlich dürfte eine wichtige Quellenedition ihren Ursprung den politischen Auseinandersetzungen um das böhmische Staatsrecht verdanken: Die Veröffentlichung der „Protokolle des Verfassungsausschusses im österreichischen Reichstage 1848—1849“ durch Anton Springer erfolgte im Wahljahr 1885, offenbar von der liberalen Linken als Mittel im Kampf gegen Taaffe gedacht. Die Publizierung des Wortlauts der von Palacký und Rieger in Kremsier entwickelten Pläne, die in offenkundigem Widerspruch zu den späteren staatsrechtlichen Forderungen stehen, sollte einen Keil zwischen den feudalen Adel und das tschechische Bürgertum treiben.³²

Mehr als diese Erörterung historischer Einzelheiten bewegte die Öffentlichkeit die Frage, wie weit überhaupt politische Forderungen durch derlei historische Argumente unterstützt werden könnten.

30) G. Kolmer, 1. Bd, S. 93—94.

31) G. Kolmer, 1. Bd, S. 211—212.

32) V. Pokorný, Příspěvek ke kritice Springerova vydání protokolů ústavního výboru rakouského říšského sněmu 1848—1849 [Beitr. z. Kritik von Springers Ausgabe d. Protokolle d. Verf. Aussch. d. österr. Reichstages 1848—49]. In: Právně-historické studie [Rechtshistorische Studien], 2. Bd, Prag 1956, S. 32—40. E. Müselbeck, Anton Springer als nationaler Politiker des deutschen Liberalismus. In: Quellen u. Darstellungen z. Gesch. d. Burschenschaft u. d. dt. Einheitsbewegung. 13 Bd, Heidelberg 1932.

Der Abschied vom Bohemismus in Böhmen, vom Moravismus in Mähren war den Deutschen ungleich leichter gefallen als den Tschechen. Ihr Landespatritismus von einst war einem österreichischen Staatsgefühl gewichen und diese größere Heimat Österreich bedeutete für sie nicht nur die Vereinigung mit den Deutschen der Alpen- und Karpatenländer, es bedeutete auch die Hinwendung zur Hauptstadt Wien, die auf die Sudetendeutschen eine besondere Anziehungskraft ausüben sollte und deren Weltstellung ihnen in den nächsten Jahrzehnten Aufstiegsmöglichkeiten bot, die ihnen die engere Heimat niemals hätte bieten können.

Für die Tschechen brachte das Aufgehen im großen Österreich derartige Vorteile nicht mit sich, nicht einmal für die Verfechter des Austroslawismus. So ist es verständlich, daß sie ihre Blicke zurück in die Vergangenheit wandten. Der Gefühlswert des böhmischen Staatsrechtsprogramms mußte den Deutschen, die zum treibenden Element dieses von Wien aus gelenkten Österreich geworden waren, ebenso verschlossen bleiben, wie ihr vom Josefinismus geprägter Zentralismus und Liberalismus der sechziger und siebziger Jahre dem föderalistischen und romantischen staatsrechtlichen Denken fremd gegenüberstand. Während im tschechischen Volk die Frage des böhmischen Staatsrechts im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stand und Politik, Wissenschaft und Kunst darum kreisten, löste es bei den Deutschen bestenfalls nur Kopfschütteln aus. Sie sahen darin vielfach nur ein historisches Kuriosum³³, ein rechtshistorisches Petrefakt³⁴, eine „lächerliche Übertreibung eines kümmerlich hervorsimmernden Glanzes“³⁵ oder eine Erfindung des 19. Jahrhunderts zur Motivierung nationaler Ansprüche und Verkleidung für den nationalen Machtwillen³⁶ und gossen deshalb über die Tschechen eine „Lauge von Spott und Hohn aus“.³⁷ Selbst Höfler, der nicht zu diesen liberalen Kreisen gehörte, spottet über die tschechischen Versuche, „eine Mumie zu galvanisieren“, und nennt das böhmische Staatsrecht ein großes politisches Weltei, das ausgeblasen und hohl sei.³⁸

33) T. Sosnosky, Die Politik im Habsburgerreiche. Berlin 1912. 1. Bd, S. 254.

34) T. Sosnosky, S. 256.

35) F. Tezner, Böhmisches Staatsrecht, S. 66.

36) H. Steinacker, Die geschichtlichen Voraussetzungen des österreichischen Nationalitätenproblems und seine Entwicklung bis 1867. In: K. Hugelmann, Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Wien 1934. S. 70; ähnlich G. Franz, Liberalismus. Die deutschliberale Bewegung in der habsburgischen Monarchie. München 1955. S. 368; weitere Aussprüche bei L. Funke, Deutsche Kernworte aus dem Böhmischem Landtage. Komotau 1893. S. 86—95.

37) H. Lades, Die Tschechen und die deutsche Frage. Erlangen 1938. S. 181.

38) K. Höfler, Gedanken über das böhmische Staatsrecht. In: Mittn. d. Ver. f. Gesch. der Deutschen in Böhmen, Prag, 28. Jg. (1890), S. 158.

Viel eher als bei den Deutschen des eigenen Landes fanden die Tschechen etwa bei den katholisch-konservativen Tirolern Verständnis, die sich in ähnlicher Weise gegen das „bürokratische, absolutistische Übergreifen des Liberalismus nach dem Erbgut der Väter in Sitte und Gesetz“ wehrten und den Wiener Zentralismus das „Schlachthaus ihrer Selbständigkeit“ nannten.³⁹ Selbst bei den Preußen und bei Bismarck glaubten die Tschechen mehr Verständnis für ihre staatsrechtlichen Forderungen zu finden als in Österreich; der Aufruf des preußischen Oberkommandos, der am 8. Juni 1866 in deutscher und tschechischer Sprache an allen Straßenecken Prags angeschlagen wurde, wendet sich an die Einwohner des „glorreichen Königreichs Böhmen“ und sichert die volle Achtung der historischen und nationalen Rechte zu.⁴⁰

Am anschaulichsten zeigt diese unterschiedliche Haltung der Deutschen und Tschechen ihre Einstellung zu der oft versprochenen, aber nie verwirklichten Krönung Kaiser Franz Josefs zum König von Böhmen. Während die Sudetendeutschen darin eine belanglose Formalität erblickten und erklärten, einer etwaigen Krönung fernzubleiben⁴¹, trafen die Tschechen umfangreiche Vorbereitungen: „Bilder der Krönungskleinodien in Farben und Gold ausgeführt wurden in den ärmsten Wohnungen, in den kleinsten Gasthäusern ausgehängt“, erzählt Penížek.⁴² Der böhmische Landesausschuß erreichte die Rücksendung der in der Wiener Schatzkammer verwahrten Wenzelskrone, er ließ die Burg Karlstein restaurieren, und Friedrich Smetana komponierte damals seine „Libuše“ als Krönungsoper⁴³; die Stimmung des Landvolkes hat Jaroslav Vrchlický in seiner ergreifenden Erzählung vom „Krönungsapfelbaum“ eingefangen. Damals bürgerte sich die Bezeichnung der böhmischen Krone als Wenzelskrone ein, eine romantische Ausschmückung, die quellenmäßiger Grundlagen entbehrt. Ihren Ursprung hat die Bezeichnung wohl in der Tatsache, daß Karl IV. vorschrieb, die neu hergestellte Königskrone auf dem Haupt des hl. Wenzel aufzubewahren.⁴⁴

39) H. Hantsch, S. 390.

40) vgl. H. Raupach, Bismarck und die Tschechen im Jahre 1866. Berlin 1936. S. 7; H. Lades, Die Tschechen und die deutsche Frage. Erlangen 1938; K. Krofta, Válka roku 1866 a české snahy státoprávní [Der Krieg des Jahres 1866 und die tschechischen staatsrechtlichen Bemühungen]. In: Česká revue, 1. Jg. (1917), S. 72 ff., und Abdruck in: Byli jsme za Rakouska . . . [Wir waren unter Österreichs Herrschaft]. Prag 1936. S. 450—474.

41) G. Kolmer, 4. Bd, S. 33.

42) J. Penížek, Von einem toten Ausgleich. In: Österr. Rundschau, Wien, 33. Bd (1912), S. 254.

43) V. Vaněček, Velká doba české právní historie. [Die große Zeit d. tschech. Rechtsgeschichte.] In: Zdeňku Nejedlému Československá akademie věd [Festschr. d. Tschsl. Akademie d. Wiss. für Zd. Nejedlý]. Prag 1953. S. 585.

44) O. Peterka, Rechtsgeschichte der böhmischen Länder. 1. Bd, 2. Aufl.

Noch am Vorabend des Weltkrieges konnte der Prager Staatsrechtslehrer Ludwig Spiegel den Mitgliedern der Posener Akademie die Situation charakterisieren: „Der böhmische Staat, der einst unter den Luxemburgern so herrlich geblüht hatte, ist unwiederbringlich untergegangen. Die Erinnerung an diesen böhmischen Staat lebt aber im tschechischen Volk noch heute fort und sie verleiht den politischen Kämpfen der tschechischen Parteien jene Gefühlswärme, die sich bei allen Ausgleichsverhandlungen störend bemerkbar macht.“⁴⁵ Als Kränkung wurde von den Tschechen auch die Wappenregelung vom 10. und 11. Oktober 1915 empfunden.⁴⁶ Während nämlich bisher (im österreichischen Hauptschild von 1804 und in der Wappenregelung Ferdinands I. von 1836) die Wappen Böhmens, Mährens und Schlesiens immer benachbart angeordnet waren und so auch heraldisch die Ländergruppe symbolisierten, hat die Neuregelung das Wappen Böhmens zwischen die der beiden anderen Königreiche Galizien und Dalmatien, die Wappen Mährens, Ober- und Niederschlesiens aber getrennt davon angeordnet.⁴⁷

Man bestritt aber auf deutscher Seite auch die Originalität der Staatsrechtsidee und sah in der Forderung nach dem Zusammenschluß der Länder der Wenzelskrone ein Plagiat, eine Imitation der ungarischen Theorie von der Stefanskrone, ähnlich wie die Kroaten ihr kroatisches Staatsrecht und die Krone Zvonimirs den Ungarn nachgeahmt hatten.⁴⁸ Daran ist zumindest soviel richtig, daß die Lehre von den historischpolitischen Individualitäten, die dem Oktober-Diplom zugrunde liegt, tatsächlich aus Ungarn rezipiert wurde.⁴⁹ Franz Deák hat 1861 vor dem ungarischen Landtag die staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen mit jenen der Ungarn vollkommen gleichwertig erklärt.⁵⁰

Den verschiedenen Staatsrechtstheorien ist Ignaz Seipel mit dem Hinweis entgegengetreten, daß jede österreichische Ländergruppe und

Reichenberg 1933. S. 100; über den Inhaltswechsel des Corona-Begriffs vgl. J. Prochno, Terra Bohemiae, regnum Bohemiae, corona Bohemiae. In: Prager Festgabe für Theodor Mayer. Freilassing und Salzburg 1953. S. 111.

45) L. Spiegel, Die böhmische Frage in ihrer geschichtlichen Entwicklung. In: Deutsche Arbeit, Prag, 13. Jg. (1913/14), S. 78.

46) Kdm. v. 3. 11. 1915, RGBl. Nr. 327 u. 328 u. Regierungskommentar im nicht-amtlichen Teil der „Wiener Zeitung“ v. 12. 10. 1915.

47) L. Spiegel, Das österreichisch-ungarische Wappen. In: Deutsche Arbeit, Prag, 15. Jg. (1915/16), S. 501—502.

48) H. Münch, Böhmisches Tragödie. Braunschweig 1949. S. 434, 340.

49) Z. Tobolka, Das böhmische Volk. Prag 1916. S. 75.

50) F. Tezner, Zum neuesten böhmischen Staatsrecht. In: Österr. Rundschau, 53. Bd (1917), S. 245.

jede österreichische Nation ein anderes Normaljahr vor Augen hat, wenn sie von dem historischen Recht spricht.⁵¹ Diesen historischen Relativismus kritisiert auch Steinacker⁵², wenn er darauf hinweist, daß erst im 17. Jahrhundert die Lausitz an Sachsen, erst im 18. Jahrhundert Schlesien an Preußen gekommen ist; wären sie bei Österreich geblieben, dann hätten im 19. Jahrhundert die Länder der Wenzelskrone eine deutsche Mehrheit besessen und eine Politik des böhmischen Staatsrechts, an der sich die tschechische Nationalbewegung emporgerankt hat, wäre undenkbar gewesen. Vor allem wandte sich natürlich der Widerstand der Sudetendeutschen gegen die Deduktion des Erstgeburtsrechtes der Tschechen, wie es Kramář behauptet hatte: „Wir sind die historische, die erste Nation“.⁵³ „Das hieß auf Deutsch“ — so sagt dazu Weizsäcker⁵⁴ — „nicht Gleichberechtigung, sondern Vorherrschaft.“

III

Die rein historische Argumentation verliert freilich bald ihre Wirkung. In seiner Rede im böhmischen Landtag vom 8. April 1892 hat sich Plener mit der Jungtschechischen Partei, mit ihrem Sieg über die Alttschechen und mit der Wandlung des staatsrechtlichen Programms auseinandergesetzt: „Die alte böhmische staatsrechtliche Theorie der sechziger Jahre . . . wird von dieser populären Partei in einer so schroffen Weise aufgenommen wie nie zuvor, und was das allerwichtigste und das bedeutendste ist, sie erhält gegenwärtig durch ihre geschickte Agitation einen populären Untergrund, den die gleiche staatsrechtliche Forderung, als sie von den alttschechischen Führern und einigen Großgrundbesitzern erhoben wurde, nicht hatte . . . Dr. Herold sagt mit Recht, es handle sich nicht um den Wortlaut der Wladislawschen oder Ferdinandschen Landesordnung. Das sind obsoleete Formen, von denen die Jungtschechen ebenso gut wie wir wissen, daß sie nur der Geschichte angehörten. Sie sagen, nicht in ihnen bestehe das böhmische Staatsrecht, sondern das böhmische Staatsrecht besteht darin, daß wir für Böhmen das Recht eines selbständigen Staates verlangen. Die Form wird sich schon finden.“⁵⁵

Die Preisgabe des streng rechtshistorischen Standpunkts durch die Verfechter des böhmischen Staatsrechts gab der deutschen Kritik neue Argumente in die Hand. Hatte man schon vorher auf die Widersprüche in der Beweisführung der Historiker hingewiesen⁵⁶, so bestand von nun

51) I. Seipel, Gedanken zur österreichischen Verfassungsreform. Innsbruck 1917. S. 28.

52) H. Steinacker, Volk und Geschichte. Brünn 1943. S. 273.

53) A. Czedik, 4. Bd, S. 184.

54) W. Weizsäcker, Geschichte der Deutschen in Böhmen und Mähren. Hamburg 1950. S. 21.

55) Reden von Ernst Frh. v. Plener, S. 671—672.

56) F. Tezner, Böhmisches Staatsrecht, S. 66—67; W. Fensterer, Das

an erst recht Anlaß, die Unbestimmtheit und Unklarheit der tschechischen Forderungen zu kritisieren.⁵⁷ Wiederholt hat Plener die Budget-Debatte des böhmischen Landtages benützt, um auf das konkret nicht Faßbare und von jedem nach seinem Geschmack ausgedeutete staatsrechtliche Programm hinzuweisen: „Ich hätte es viel lieber gesehen, wenn man . . . endlich einmal einen konkreten Antrag über das böhmische Staatsrecht vor sich hätte, als jahrelang darüber zu debattieren und zugleich bei jeder Gelegenheit konstatieren zu müssen, daß die Herren nicht einmal unter sich selbst über den Begriff des böhmischen Staatsrechts einig sind, daß jeder darunter etwas anderes versteht.“⁵⁸ Und immer wieder finden wir in den deutschen Äußerungen den Hinweis auf Edvard Grégrs Inkonsequenz, der energisch den Standpunkt vertrat, die böhmischen Länder seien mit den anderen Ländern der Monarchie nur durch bilaterale Verträge verbunden⁵⁹, nachdem er früher erklärt hatte, das böhmische Staatsrecht sei keine Pfeife Tabak wert.⁶⁰

Man hat diese Unbestimmtheit auf tschechischer Seite nicht bestreiten können: „Unser erster Fehler war, ein Programm auf das Staatsrecht der böhmischen Krone zu bauen, das niemand auf der Welt verstand, wir selbst auch nicht“, mußte Grégr⁶¹ zugeben, und ähnlich erklärte Kramář: „Den staatsrechtlichen Kampf haben wir durch unsere Fehler verloren, durch Unbestimmtheit und Unklarheit dessen, was wir anstreben.“⁶²

IV

Der Kampf um das böhmische Staatsrecht wurde aber nicht nur in der Presse und im Parlament mit historischen Untersuchungen und Gegenschriften geführt, er wurde zum Teil im Gerichtssaal ausgetragen und hätte einige Verfechter um ein Haar an den Galgen gebracht.

Der Ausdruck „böhmisches Staatsrecht“ schien manchen Kritikern im deutschen Lager anstößig und mit der Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie unvereinbar: „Wir kennen keinen böhmischen Staat, ich halte es für Hochverrat, von einem bestehenden böhmischen Staat zu sprechen“, erklärte der schlesische Abgeordnete Max Menger.⁶³ Und als Justizminister Dr. Pražák in der Parlamentsdebatte am 31. Januar 1884 auf das böhmische Staatsrecht zu sprechen kam, interpel-

Tschechische Nationalprogramm 1848—1938. Essen 1942. S. 55.

57) K. Hugelmann, S. 294—295; vgl. auch die Kritik durch E. Denis, *La Bohême depuis la Montagne Blanche*. II, Paris 1903. S. 554.

58) 20. 3. 1893, Reden S. 758, ähnlich S. 582.

59) G. Kolmer, 4. Bd, S. 368.

60) H. Münch, S. 376

61) H. Münch, S. 428.

62) K. Kramář, Anmerkungen zur böhmischen Politik. Wien 1906. S. 3. Ähnlich Graf Karl Erwein Nostitz, zit. bei G. Kolmer, 5. Bd, S. 81.

63) R. F. Kaindl, Böhmen. Leipzig 1919. S. 88.

lierte der Abgeordnete Dr. Kopp den Ministerpräsidenten Graf Taaffe, ob sich die Regierung mit dieser Erklärung identifiziere. Taaffe ließ die Anfrage unbeantwortet, aber Minister Pražák mußte nachträglich erklären, daß er lediglich die Einheit und Unteilbarkeit Böhmens im Auge gehabt habe, welche in den Staatsgrundgesetzen gewährleistet ist, und „daß daher mit dem Ausdruck ‚Staatsrecht‘ offenbar (!) kein anderes, als das in den Staatsgrundgesetzen enthaltene gemeint war.“⁶⁴ Der Staatsrechtslehrer der Prager deutschen Universität, Ulbrich, vertrat allerdings die Meinung, daß mit dem Ausdruck „böhmisches Staatsrecht“ nicht unbedingt die selbständige staatliche Existenz Böhmens und seiner Verfassung gemeint sein müsse, sondern daß darunter auch nur die partikulären Sonderrechte eines Staatsteiles im Bereich der Verfassung verstanden werden können.⁶⁵

Aber nicht mit Unrecht argwöhnten die Deutschen, daß die Staatsrechtspläne eines Tages zur Schaffung eines „souveränen Staates im Staate oder nötigenfalls auch außerhalb desselben“ führen könnten.⁶⁶ Der Vorwurf des „Hochverrates“ wurde wieder aktuell, als während des Weltkrieges die tschechischen Forderungen nach einem Zusammenschluß der böhmischen Länder vielfach mit dem Wunsch nach Lostrennung dieser Ländergruppe von der österreichisch-ungarischen Monarchie identifiziert wurden. So wurde das tschechische Schulbuch von Hrnčíř „Die Länder der böhmischen Krone“, das zwischen 1896 und 1913 insgesamt 36 Auflagen erlebt hatte, im Jahre 1916, als die 37. Auflage erscheinen sollte, wegen des Verbrechens des Hochverrates mit Urteil des k. k. Kreisgerichtes in Pilsen als Pressegericht vom 27. Juni 1916 konfisziert. Hochverrat wurde durch den Satz begangen: „Westlich von Prag erhebt sich der Weiße Berg, das unglückliche Schlachtfeld des 8. November 1620, wo die Selbständigkeit des Königreiches Böhmen und der böhmischen Nation begraben wurde“ und durch die Abbildung der drei Länderwappen.⁶⁷

Den Höhepunkt dieser Maßnahmen stellt die Verhaftung und Verurteilung der Reichsratsabgeordneten Dr. Karel Kramář und Dr. Alois Rašín inmitten des Weltkrieges dar. Als Grund für die Verhaftung hatte das k. k. Oberkommando (Erzherzog Friedrich) am 24. Mai 1915 u. a. das von den beiden erstrebte Ziel der „Verselbständigung der böhmischen

64) G. Kolmer, 3. Bd, S. 271.

65) E. Mischler und J. Ulbrich, Österreichisches Staatswörterbuch. 2. Aufl. 1. Bd, Wien 1905. Art. „Böhmen“, S. 587; vgl. W. Frind, S. 265—267.

66) Dr. Eppinger am 29. 12. 1908 im Herrenhaus des österr. Reichsrats, bei A. Czedik, 4. Bd, S. 247.

67) Anfrage des Abg. Staněk vom 3. 7. 1917, zit. nach „Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg“, hrsg. v. d. Deutschnationalen Geschäftsstelle. Wien 1918. S. 63.

Krone unter Einbeziehung der ungarischen Slowakei“ angegeben. Das Urteil des k. k. Landwehrgerichts Wien vom 3. Juni 1916 erklärte sie wegen der beabsichtigten Zerstörung des einheitlichen Staatsverbandes und der Losreißung der Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien sowie der Slowakei von der österreichisch-ungarischen Monarchie des Verbrechens des Hochverrats nach §§ 58 c und 59 b des Strafgesetzbuchs schuldig und verurteilte sie zum Tod durch den Strang.⁶⁸ In den Urteilsgründen wird ausgeführt, daß der Tschechische Nationalrat den Prager Professor Jan Kapras beauftragt habe, ein „Maximalprogramm“ aufzustellen und zu formulieren, welches aktuell werden sollte, „bis das ganze Staatsrecht“ erlangt ist. Damit könne aber nichts anderes als die volle Selbständigmachung der Länder der böhmischen Krone gemeint sein.⁶⁹ Für das Gericht sei mit der Erlassung der in Geltung stehenden Staatsgrundgesetze jede staatsrechtliche Erörterung erledigt, die sich mit der Frage nach der Gültigkeit eines böhmischen Staatsrechts befassen würde. Insofern daher jemand etwas zur Verwirklichung einer staatsrechtlichen Idee unternahme, liege objektiv Hochverrat vor, gleichviel ob es böhmisches Staatsrecht oder anderswie benannt werde.⁷⁰ Es könne nicht bezweifelt werden, daß die Angeklagten zwecks Erreichung des angestrebten Ziels, d. i. der gewaltsamen Lostrennung der Länder der böhmischen Krone vom Länderumfang der Monarchie, bewußt gemeinsam von dem nämlichen Willen durchdrungen handelten.⁷¹

V

Die wichtigsten Forderungen, die die tschechischen Politiker aus dem angeblichen historischen Staatsrecht ableiteten und mit denen sich die Deutschen auseinanderzusetzen hatten, waren

- 1) der Zusammenschluß der Länder der Wenzelskrone;
- 2) die schon erwähnte Krönung des österreichischen Kaisers zum König von Böhmen;
- 3) die Unteilbarkeit Böhmens — „Individualität“ ist ja von indivisibilis abgeleitet — und schließlich
- 4) die sprachliche Gleichberechtigung beider Völker in diesen Ländern.

Am leichtesten zu widerlegen war die tschechische Forderung nach einer staatsrechtlichen Vereinigung der Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien, denn gegen diese Forderung traten nicht nur die Deutschen dieser Länder, sondern auch die Tschechen Mährens und Schlesiens

68) Das Urteil, Dst 2978/15—1577, samt Gründen in einem Umfang von 634 Seiten liegt gedruckt vor. Vgl. ferner: Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Kramář und Genossen. In: Deutsch-Österreich. Deutsche soziale Rundschau, 1. Bd (1918); Zd. Tobolka, Proces dra. Kramářce a jeho přátel. Prag 1918.

69) ebenda, S. 158.

70) ebenda, S. 159.

71) ebenda, S. 618.

auf. Am 14. April 1848 legten die mährischen Stände gegen die Prager Petition um einen gemeinschaftlichen Landtag in entscheidender Weise Verwahrung ein, und im August des gleichen Jahres wurde der mährische Verfassungsentwurf debattiert, dessen § 1 Mähren als „ein selbständiges, nur mit der Krone Österreichs verbundenes Land“ bezeichnet. In der Debatte fiel aus tschechischem Mund der Ausspruch: „So wird aus einem Trödelmarkt vergilbter, durch alte Pergamente kaum zusammengehaltener Kronen eine einzige herrliche Krone, die des konstitutionellen Kaiserhauses Österreich.“⁷² Am 9. Mai 1848 beschloß der öffentliche Konvent des Herzogtums Schlesien eine Majestätsadresse, in der es heißt: „Nicht Recht, nicht Herkommen vermögen den von der Hauptstadt Prag begehrten gemeinschaftlichen Landtag und den staatsrechtlichen Verband Böhmens mit Schlesien zu begründen.“⁷³

Zur Deklaration vom 22. bzw. 25. August 1868 nahm der mährische Landtag am 25. September Stellung: „Die Markgrafschaft ist ein von Böhmen durchaus unabhängiges Land, das kein anderes Staatsrecht kennt, als die gegenwärtige Landes- und Reichsverfassung, und einen Prager Landtag seit 1620 niemals, aber auch früher nie ohne den ausdrücklichen Vorbehalt beschickt hat, daß die dort gefaßten Entschlüsse erst in Brünn ratifiziert werden müssen.“ Ebenso nachdrücklich erklärte der schlesische Landtag seine Selbständigkeit.⁷⁴ „Wir schmeicheln uns, die Autonomie Mährens wieder für eine Zeit gerettet zu haben, die durch die Zentralisierungsgelüste Riegers sehr gefährdet war“, schrieb damals Dr. Alois Pražák an Graf Egbert Belcredi.⁷⁵

Ebenso entschieden lehnte einige Jahre später der schlesische Landtag die Fundamentalartikel ab; er wollte von einer Unterstellung unter Böhmen nichts wissen und das gemeinsame Vaterland Österreich erhalten. Mähren lehnte damals nicht mehr ab, verlangte aber, daß dem böhmischen Hofkanzler ein Kanzler für Mähren zur Seite stehen sollte, der dem mährischen Landtag verantwortlich war; auch sollte der mährische Landtag die gleichen Kompetenzen haben wie der böhmische.⁷⁶

72) K. Hugelmann, Die österreichischen Landtage im Jahre 1848. III. Teil. In: Arch. f. österr. Gesch., 115. Bd (1940), S. 36—40, S. 85—86. Vgl. d'Elvert, Die Vereinigung der böhmischen Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien zu Einem gemeinschaftl. Landtage u. Einer Centralverwaltung. Brünn 1848.

73) K. Hugelmann, Landtage, S. 241—243.

74) H. Münch, S. 338.

75) 8. 8. 1868, P. Molisch, Briefe, S. 113.

76) G. Kolmer, 2. Bd, S. 177—178. Vgl. H. Raschhofer, Die Sudetenfrage. München 1953. S. 28. Diese Haltung Mährens zeigte sich noch nach dem Weltkrieg bei der Vorbereitung einer tschechoslowakischen Verfassung. Der Führer der Katholiken Mährens, Hruban, sprach sich im Oktober 1918

Jahrzehnte später, unmittelbar vor dem Untergang der Monarchie, war die Frage eines engeren Zusammenschlusses der Ländergruppe der Punkt, über den eine Einigung zwischen Deutschen und Tschechen vielleicht am leichtesten möglich gewesen wäre, zumal auch die Schicksalsgemeinschaft der Deutschen aller drei Sudetenländer immer deutlicher erkannt wurde.⁷⁷ Sie war zum Bestandteil aller Reformpläne Österreichs (eines Popovici, Crenneville usw.) geworden, die auf eine „Pentarchie“ hinausliefen. „Böhmen und nicht bloß Böhmen, sondern die Länder der böhmischen Krone müssen durch nationale Abgrenzung und weitestgehende Autonomie beiden Nationen volle Freiheit und Sicherheit gewährleisten. Unter dieser Voraussetzung ist gegen eine Vereinigung dieser böhmischen Länder zu einer höheren Einheit im Rahmen der Monarchie nicht bloß nichts einzuwenden, sie erscheint vielmehr aus politischen Gründen wünschenswert“, schrieb damals der Prager Universitätsprofessor Robert Mayr-Harting in der Wiener konservativen Zeitschrift „Das Neue Österreich“.⁷⁸

Die reservierte Haltung Mährens gegenüber dem böhmischen Staatsrecht hat aber hier zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Einigung zwischen beiden Völkern ermöglicht, die als „Mährischer Ausgleich“ in die Geschichte eingegangen ist und alle Schwierigkeiten vermieden hat, die in Böhmen jeden der zahllosen Lösungsversuche bald am Widerstand des einen, bald des anderen Volkes scheitern ließen.

VI

Ungleich größere Schwierigkeiten ergaben sich aus dem anderen Postulat des böhmischen Staatsrechts, aus der Forderung nach der Unteilbarkeit Böhmens, das, wie die „Národní listy“ vom 5. April 1861 schrieben, „von Gott selbst unteilbar geschaffen“ worden war.⁷⁹ Als „Zerreißung Böhmens“, als Versuch einer Zweiteilung des Landes wurde es nämlich

anlässlich eines Besuches in Genf bei Beneš entschieden für das Gesetzgebungsrecht der Länder aus, und bei den Verhandlungen über die definitive Verfassungsurkunde trat die tschechische Volkspartei, deren Wähler überwiegend in Mähren beheimatet waren, neuerlich, aber vergeblich für die Länderautonomie ein. Das Gesetzgebungsrecht der Länder war schon mit dem Inkrafttreten der Provisorischen Verfassung vom 13. 11. 1918 erloschen und wurde nicht mehr wiederhergestellt (vgl. Zđ. Tobolka, Jak vznikla ústava Československé republiky z roku 1920 [Wie die Verfassung der Tschsl. Republik vom Jahre 1920 entstand]. Prag 1946. S. 16).

77) vgl. J. Pfitzner in: Zs. f. sudetendt. Gesch. 2. Jg. (1938), S. 280.

78) 3. Jg. (1918), 3. Heft (Juni), S. 3.

79) zit. nach H. Münch, S. 269. Vgl. die Debatte über die „Landeszerreißung“ Böhmens im Herrenhaus des österreichischen Reichsrats vom 29. 12. 1908 (Fürst Franz Thun und Dr. Eppinger), zit. b. Czedik, 4. Bd., S. 236, 239 u. 245.

von den Vertretern des Staatsrechts bezeichnet, als von sudetendeutscher Seite verschiedene Vorschläge einer nationalen Abgrenzung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke ausgearbeitet wurden, als der Plan nach Wiedereinführung der Kreise als Verwaltungseinheit zwischen Landes- und Bezirksebene auftauchte — Renner bezeichnet sie als das größte gemeinsame Werk von Staat und Nation — und gleichzeitig damit die Forderung, diese Kreise ebenfalls national einheitlich zu gestalten. Vor allem hat Heinrich Rauchberg, der 40 Jahre lang als Ordinarius für Verwaltungsrecht an der Prager deutschen Universität gewirkt hatte, mit seinem dreibändigen Werk über den „Nationalen Besitzstand in Böhmen“ (1905) den Nachweis erbracht, daß eine solche sprachliche Abgrenzung möglich sei.⁸⁰

Während die Alttschechen noch nach 1890 mit einer solchen administrativen Teilung einverstanden gewesen wären, stießen später alle derartigen Pläne bei den Jungtschechen, die deshalb die Punktationen zu Fall gebracht hatten, auf entschiedenen Widerstand. Auf sie wirkte wie ein rotes Tuch der Ausdruck vom „geschlossenen deutschen Sprachgebiet“, der nichts anderes besagt, als daß von 77 rein deutschen Gerichtsbezirken Böhmens, in denen es keine einzige tschechische Gemeinde gab, 55 ein zusammenhängendes Ganzes, von Reichenberg bis Eger reichend, bildeten.⁸¹ Als Justizminister Graf Schönborn zur Angleichung der Gerichtsgrenzen an die Sprachgrenze das Bezirksgericht Weckelsdorf errichtete, wollten ihn die Jungtschechen in Anklagezustand versetzen, und als der Ausdruck „Deutsch-Böhmen“, die Bezeichnung für das geschlossene deutsche Sprachgebiet, die noch 1848 von Palacký widerspruchslos gebraucht worden war, 1911 vom österreichischen Justizminister von Hohenburger verwendet wurde, kam es im Wiener Parlament zu einem Handgemenge.⁸²

Eine solche administrative Zweiteilung Böhmens, wie sie die Deutschen aller Parteischattierungen anstrebten, hätte den Tschechen freilich einen spürbaren finanziellen Nachteil gebracht. Friedrich Freiherr von Wieser, der Lehrer für Volkswirtschaft an der Prager deutschen Universität in den Jahren 1884—1903, hat in seinem Buch über „Die deutsche Steuerleistung und der öffentliche Haushalt in Böhmen“ (1904) nachgewiesen, daß die Deutschen des Landes von den Abgaben für die autonome Landesverwaltung die reichliche Hälfte zahlten, daß ihnen aber von den Leistungen dieser Verwaltung nur ein Drittel zugute kam, daß sie also

80) zur nationalen Abgrenzung vgl. K. Hugelmann, S. 158 ff., 318 ff., 359 ff. H. Slapnicka, Zwischen Zentralismus und Föderalismus. Die staatsrechtlichen Gestaltungsversuche eines übernationalen Österreich und die Sudetendeutschen. Kitzingen/Main 1953. S. 62—75.

81) Politisches Wörterbuch für die Deutschen in Österreich. Wien 1885. S. 34.

82) R. F. Kaindl, Böhmen, S. 121.

jährlich einen sehr namhaften Betrag für nationale Zwecke ihres Gegners zu entrichten hatten.

Des zermürbenden nationalen Kampfes müde, wurde, nachdem 1881 die Prager Karl Ferdinands-Universität in eine selbständige deutsche und eine tschechische Universität geteilt worden war, die Verlegung der deutschen Universität von Prag nach Reichenberg ernstlich erwogen.⁸³

Anhänger einer administrativen Teilung Böhmens nach nationalen Gesichtspunkten waren alle deutschen Parteien, voran der Deutsche Volksrat in Böhmen, der einen eigenen Zweiteilungs-Ausschuß errichtete.

Den christlich-sozialen Standpunkt hat Prinz Alois Liechtenstein im Wiener Reichsrat am 28. April 1898 in einer Rede dargestellt, die Hugelmann⁸⁴ die bedeutendste nennt, die während der Sprachenkämpfe im österreichischen Abgeordnetenhaus gehalten wurde: „Die Nation ebenso wie die Religion sind Begriffe, welche jede Promiscuität verabscheuen. Sie sind exclusiv durch und durch. Nation und Religion vertragen nicht unlogische und die Empfindung verwundende Kompromisse. Gegen Simultankirchen, gegen Simultanschulen wird sich immer und ewig jede Konfession wehren mit der ganzen Kraft des Selbsterhaltungstriebes, und ebenso verwirft jedes Volk die Simultanbehörden, Simultanämter und Simultangerichte als einen Angriff auf das eigene Hausrecht. . . Wenn Sie also zum Frieden gelangen wollen, muß Ihre Parole sein: in deutschen Gegenden wird rein deutsch amtiert, in tschechischen tschechisch.“⁸⁵

Den sozialdemokratischen Standpunkt hat Karl Renner auf die knappe Form gebracht: „Die Länder zerreißen die Nationen, kein Wunder, daß die Nationen die Länder zerreißen wollen“ — er ging also noch über die nationale Abgrenzung im Rahmen der Kronländer hinaus und wollte die historischen Grenzen durch ethnische ersetzen.⁸⁶

Besonders eingehend befaßten sich während des Krieges die Staatsrechtslehrer aller österreichischen Hochschulen⁸⁷ mit diesem Plan. Heinrich Rauchberg konnte das Ergebnis ihrer langen Debatten kurz in drei Punkte zusammenfassen:

- 1) Beibehaltung der historischen Länder;

83) H. Münch, S. 449.

84) K. Hugelmann, S. 196.

85) ebenda, S. 197.

86) zit. nach R. Sieger, Der österreichische Staatsgedanke und seine geographischen Grundlagen. Wien 1918. S. 73. Sh. K. Renner, Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Österreich. I. Teil: Nation und Staat. Leipzig und Wien 1918.

87) Sonderheft „Länderautonomie“ der Österr. Zs. f. öff. Recht, Wien, 3. Jg. (1916), und: Die Länderautonomie. Verh. der Wiener Jur. Ges. Wien 1917.

- 2) Kreiseinteilung für alle großen und sprachlich gemischten Länder für die staatliche und die Selbstverwaltung;
- 3) in national gemischten Ländern ferner nationale Abgrenzung der Bezirke, Schaffung nationaler Kurien in den Landtagen, nationaler Proporz bei der Beamtenanstellung und nationaler Schlüssel für die Leistungen der gemeinsamen Landesanstalten.

Abweichend von dieser Auffassung der Mehrheit trat der Prager Rudolf von Laun für eine Neugliederung der Länder und die Ersetzung der historischen Grenzen durch die Sprachgrenzen ein.

Im letzten Kriegsjahr, am 22. Januar 1918, schließlich gab der Abgeordnete Pacher namens der deutsch-böhmischen Vereinigung eine Erklärung ab, in der die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutsch-Böhmen mit allen Eigenschaften, Rechten und Einrichtungen eines Kronlandes und ohne irgendwelche Abhängigkeit vom tschechischen Teil Böhmens gefordert wurde. Die Erklärung verlangte zu diesem Zweck die Abgrenzung und Vereinigung des deutschen Gebietes, die Abteilung, Verlegung bzw. Neuerrichtung aller Zentralstellen, Anstalten und Einrichtungen, welche einem Kronland zukommen, die Zurückziehung aller tschechischen Staatsbeamten aus Deutsch-Böhmen und die ausschließliche Geltung der deutschen Sprache in diesem Gebiet als Voraussetzung für die endliche Befreiung des deutschen Volkes aus der Vorherrschaft der Tschechen in Böhmen.⁸⁸

Gegner der Teilung auf deutscher Seite waren die Alldeutschen, weil Böhmen als vormaliges deutsches Bundesland ungeteilt zum deutschen Reich gehöre und sie in einer Zweiteilung ein Hindernis für die Ger-

88) zit. nach: Das Neue Österreich, Wien, 3. Jg. (1918), H. 11, S. 32. Damit wurde auf einen Vorschlag des deutsch-böhmischen Städtetags vom 7. 6. 1908 zurückgegriffen, vgl. K. Hugelmann, S. 359. Gegen die Errichtung der Provinz „Deutsch-Böhmen“ wandte sich im Mai und August 1918 eine Artikelserie der tschechischen Zeitung „Národ“. Im November 1918 gab Prof. Kapras diese Artikel als selbständige Broschüre unter dem Titel „Sebeurčnı a ‚Deutschböhmen‘“ (Selbstbestimmung und ‚Deutschböhmen‘, 95 S.) mit der Begründung heraus, daß die hier zusammengetragenen philosophischen, juristischen, wirtschaftlichen, historischen und nationalen Gründe gegen eine Abtrennung der deutschen Teile der böhmischen Länder auch jetzt, nach der Errichtung der Tschechoslowakei, ihre Bedeutung nicht verloren haben. Die Beweisführung gipfelt in der Behauptung von Prof. Jaroslav Kallab, daß in der Forderung nach Selbstbestimmungsrecht für die Tschechen und einer Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für die Sudetendeutschen keinesfalls ein Widerspruch zu erblicken sei, da das Selbstbestimmungsrecht nur Völkern gewährt werden könne, die nirgend die Möglichkeit haben, ihre nationalen Eigenheiten in einem eigenen Staat zur Geltung zu bringen (S. 11), und keineswegs einem Teil (zlomek) des deutschen Volkes; hingegen wird den Deutschen in Böhmen das Recht auf Selbstverwaltung zugebilligt.

manisierung des Landes erblickten⁸⁹: „Unsere Losung kann nicht anders lauten als: Reindeutsch, alldeutsch und ungeteilt! Das deutsche Volk in Böhmen möge entscheiden, ob es slawisch werden oder ob es, seiner Bestimmung gemäß, germanisieren will.“⁹⁰ Es war die Umkehrung des böhmischen Staatsrechts.

In diesem Für und Wider entschloß sich die österreichische Regierung 1918 zu einer Lösung der böhmischen Frage im Verordnungswege: Am 19. Mai 1918 erging die Verordnung des Innenministers „betreffend die Übertragung von Statthaltereigeschäften an bleibend zu bestellende Kreishauptmänner“ (RGBl. Nr. 175), die Böhmen in zwölf Kreise einteilte, von denen elf einsprachig und einer, Budweis, national gemischt sein sollte.⁹¹ Aber die Lösung, die, wenn sie zwanzig Jahre früher gekommen wäre, vielleicht zu einer Befriedigung geführt hätte, ist nie in Kraft getreten: Österreich hatte inzwischen zu bestehen aufgehört.

VII

Das Argument von der Landeszerreißung durch eine administrative Trennung in ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet und einen tschechischen Landesteil steht in engstem Zusammenhang mit einer weiteren Forderung des böhmischen Staatsrechts, der Forderung auf sprachliche Gleichberechtigung beider Völker, die von niemandem, auch nicht von den entschiedensten Gegnern des Staatsrechts, als ungerecht oder übertrieben angesehen werden konnte. Wenn sich bei der Verwirklichung trotzdem unüberwindliche Schwierigkeiten ergaben, wenn der entschiedenste Schritt zu ihrer Verwirklichung, die Sprachverordnung des Grafen Kasimir Badeni, zu einer Erschütterung der Monarchie führte, wie sie bisher in der an bewegten Ereignissen nicht armen Geschichte Österreichs noch nie dagewesen war, so ist dies nur aus der Verquickung dieser beiden Programmpunkte heraus zu erklären.

Zur Einräumung der sprachlichen Gleichberechtigung ließen sich die Deutschen nur zögernd herbei, weil sie als die *beati possidentes* lange eine privilegierte Stellung einnahmen, die nicht durch ihre zahlenmäßige Stärke begründet war, sondern lediglich historisch zu erklären ist. Diese Verschleppungstaktik, diese dilatorische Behandlung aller tschechischen Wünsche war zweifellos weder klug noch gerecht, aber menschlich verständlich, da in der Politik selten jemand das einmal Erreichte freiwillig wieder preisgibt.⁹²

Viel stärker fiel in die Waagschale, daß die Vorteile, die die Erlernung der deutschen Sprache den Tschechen brachte, umgekehrt die Erlernung der tschechischen Sprache den Deutschen nie bringen konnte. Deutsch

89) P. Molisch, *Gesch. d. dt.-nat. Bewegung*, S. 177; H. Münch, S. 510.

90) T. Sosnosky, S. 200.

91) vgl. T. Veiter, *Nationale Autonomie*. Wien 1938. S. 184.

92) vgl. A. Posch, *Badeni heute gesehen*. In: *Austria*, 3. Jg. (1948), S. 32—37.

war in Österreich zwar nicht die offizielle Amtssprache — eine solche gab es nicht —, aber immerhin die Vermittlungssprache der neun Völker der Monarchie, die Kommandosprache des Heeres, die ausschließliche Sprache der Wissenschaft; sie erschloß den Tschechen den Zutritt zur Weltliteratur und zum Fachschrifttum und ersparte ihnen die Erlernung einer anderen Fremdsprache.⁹³ Die Deutschen hingegen — nicht nur die des geschlossenen deutschen Sprachgebiets, auch die Deutschen Prags, das ja vor hundert Jahren noch einen völlig deutschen Anstrich trug — sahen in der Erlernung der tschechischen Sprache für sich keinerlei Vorteile. Ihren Standpunkt hat Hermann Ullmann so ausgedrückt: „Der Deutsche, der Tschechisch lernt, bringt Opfer, der Tscheche, der Deutsch lernt, erobert damit einen Welthorizont.“⁹⁴

Vollends unlöslich wurde aber das Sprachproblem in Böhmen durch einen weiteren Faktor, eben das Problem der „Landeszerreißung“. Selbstverständlich konnten die Deutschen den Tschechen ihr Sprachenrecht auf die Dauer nicht vorenthalten und waren — zumindest seit der Jahrhundertwende kann dies von der überwältigenden Mehrheit ihrer politischen Führer gesagt werden — zu einer Gleichberechtigung durchaus bereit. Wenn aber die Tschechen von einer sprachlichen Gleichberechtigung redeten, meinten sie damit etwas ganz anderes als die Deutschen. Die tschechische Forderung, wie sie die Badenischen Verordnungen übernommen haben, lautet: Jeder Bürger, einerlei ob Tscheche oder Deutscher, kann vor jeder Behörde seines Landes seine Muttersprache gebrauchen; die Sprache seiner Eingabe ist dann dafür maßgebend, in welcher Sprache der Fall von der Behörde weiterbehandelt wird und zwar für den ganzen weiteren Verlauf auf dem Wege zu anderen Behörden und durch alle Instanzen (sogenannte „zweisprachige Gleichberechtigung“).

Die deutsche Auffassung seit dem Pfingstprogramm unterschied die innere und die äußere Amtssprache. Die Gleichberechtigung für den Bürger läßt sie im gleichen Umfang gelten. Die innere Amtssprache⁹⁵ richtete sich jedoch nicht nach der Sprache der Eingabe, sondern nach dem Gebiet; sie ist also im tschechischen Gebiet tschechisch, im deutschen Gebiet deutsch und nur in den wenigen gemischtsprachigen Bezirken richtet sie sich nach der Sprache der Eingabe. Hier liegt nun der Grund für die geforderte administrative Teilung des Landes, für die Zweiteilung in

93) vgl. H. Slapnicka, in: *Sudetendt. Geschichtsbild in Vergangenheit und Gegenwart*. München 1954. S. 49 ff. Vgl. die Ausführungen hierüber von Dr. Eppinger vom 29. 12. 1908 im Herrenhaus des österr. Reichsrats, bei A. Czedit, 4. Bd, S. 247.

94) in: *Deutsche Arbeit*, Prag, 13. Jg. (1913/14), H. 1, S. 2.

95) zum Begriff der „inneren Amtssprache“ vgl. K. Hugelmann, S. 316 ff., 355 ff.

einen deutschen und einen tschechischen Landesteil oder genauer gesagt für die Dreiteilung in ein deutsches, ein tschechisches und ein gemischtes Gebiet. Und hieraus erklärt sich der Widerstand der Tschechen gegen diese Landeszerreißung, die die Geltung der tschechischen Amtssprache auch im inneren Dienstverkehr in allen Teilen Böhmens gewährleistet wissen wollten.

Gegen die sprachliche Gleichberechtigung, wie die Tschechen sie verstanden, hat Ludwig Schlesinger im böhmischen Landtag eingewendet, daß ein einziger, in einem deutschen Bezirk wohnender Tscheche die Verhandlungen vor Gericht in tschechischer Sprache verlangen könnte und dann die hier ansässigen Deutschen sich eines Dolmetschers bedienen müßten.⁹⁶

Neben die Unterscheidung in eine äußere und eine innere Amtssprache tritt noch als dritte Abart die „innerste deutsche Amtssprache“, die Sprache, in der die Wiener Zentralbehörden amtierten. Hier haben die Deutschen Böhmens und Mährens den Tschechen entgegengehalten, daß es sich nicht um das Recht der beiden Völker des Landes, sondern um einen dritten Faktor, den Gesamtstaat handelt: „Erst nachdem im Bereich der Amtssprache sichergestellt ist, was des Staates ist, kommen die Rechte der beiden Volksstämme des Landes in Frage, nur auf den verbleibenden Rest kann der Begriff der Gleichberechtigung angewendet werden.“⁹⁷

Und noch ein letzter Gesichtspunkt zum Problemkreis sprachlicher Gleichberechtigung: „Von der Amtssprache redet man, aber die Nationalität des Beamten ist gemeint“, sagte einmal Freiherr von Wieser.⁹⁸ Dieser Ausspruch erklärt die große Aufregung, welche die Badenischen Verordnungen bei den Deutschen hervorriefen, denn sie hätten ihnen den Zugang zur Beamtenlaufbahn praktisch verschlossen und sie damit von der gesellschaftlichen und politischen Macht dieses Standes ausgeschlossen. Ausgeschlossen freilich nicht infolge einer Schlechterstellung kraft Vorschrift, sondern einfach deshalb, weil damals jeder Tscheche die deutsche Sprache vollkommen beherrschte, während es kaum deutsche Beamten gab, deren Tschechischkenntnisse diesen Anforderungen entsprachen. Der Historiker Hallwisch hat im Wiener Abgeordnetenhaus die Situation geschildert, wie sie sich für die deutschen Beamten aus der zweisprachigen Gleichberechtigung ergab: „Kein Teplitzer von Geburt, meine Herren, kann heute mehr Bezirksrichter in Teplitz werden, aber auch kein Egeraner in Eger, kein Leipauer in Leipa, kein Komotauer in Komo-

96) R. F. Kaindl, Böhmen, S. 99.

97) F. Wieser, Die Vergangenheit und Zukunft der österreichischen Verfassung. III. Teil: Der nationale Streit in Böhmen. In: Österr. Rundschau, Wien, 1. Jg. (1904), S. 401.

98) Österr. Rundschau, 1. Jg. (1904), S. 399; vgl. K. Hugelmann, S. 354 ff.

tau usw. Sind wir heimatlos geworden in unserer eigenen Heimat?“⁹⁹ Die Badenischen Sprachverordnungen hätten das böhmische Staatsrecht tatsächlich eingeführt, denn sie hätten im ganzen Land den tschechischen Beamten eingeführt.

VIII

Es gab für die Deutschen ein sehr gewichtiges Argument auf dem Gebiet der sprachlichen Gleichberechtigung, das sie den Tschechen entgegenhalten konnten: die Art und Weise, wie diese Gleichberechtigung dort verwirklicht wurde, wo die Tschechen unumschränkte Herren in ihrem eigenen Hause waren, nämlich auf Prager Boden. Hier hatte ein Gemeinderatsbeschluß vom 11. November 1891 die Entfernung aller deutschen Aufschriften angeordnet, um den tschechischen Charakter der Landeshauptstadt zu wahren¹⁰⁰, und als Kaiser Franz Josef 1901 in Prag weilte, lud der Oberstlandmarschall Fürst Georg Lobkowitz, um der Frage der sprachlichen Gleichberechtigung auszuweichen, zur Soiree in französischer Sprache ein. Ebenso wenig verlockend für die Deutschen war die nationale Gleichberechtigung, wie sie die tschechische Mehrheit des böhmischen Landtages bei der Anstellung der Landesbeamten praktizierte. In einem Land, dessen Bewohner zu einem reichlichen Drittel Deutsche waren, betrug der Anteil der tschechischen Beamten 95 v. H.¹⁰¹

So viele Rechte auch die Tschechen vom Gesamtstaat für ihre Ländergruppe beanspruchten, so wenig waren sie gesonnen, von dieser Macht etwas an Verwaltungseinheiten niederer Ordnung abzugeben. Die radikalsten Reichsföderalisten erwiesen sich als nicht minder radikale Kronland-Zentralisten. Das alles bestärkte die Deutschen in ihrer Haltung, die Schmeykal schon 1871 auf einer Wanderversammlung des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen ausgesprochen hatte: „Der Deutsche in Böhmen will sein Heimatrecht in Österreich nicht austauschen gegen Heimatrechte zweiter Kategorie, gegen das Heimatrecht in der Krone Böhmens.“¹⁰² Und Friedrich Tezner schilderte in düsteren Farben die Situation in Böhmen, wenn hier das Staatsrechtsprogramm zur Durchführung gelangt wäre¹⁰³: „Keinerlei Fundamentalgesetze, kein Kuriatvotum könnte eine Entwicklung aufhalten, welche den Deutschen in Böhmen im günstigen Falle das politisch prekäre, unter steter Polizeiaufsicht stehende

99) zit. nach J. Turnwald, Die administrative Theilung Böhmens. Reichenberg 1884. S. 7.

100) H. Münch, S. 444; vgl. T. Sosnosky, S. 252 f.

101) Dr. Eppinger 29. 12. 1908 im Herrenhaus d. österr. Reichsrats, zit. n. A. Czedit, 4. Bd, S. 248; R. F. Kaendl, Böhmen, S. 118; H. Hantsch, Die Nationalitätenfrage im alten Österreich. Wien 1953. S. 117.

102) J. Turnwald, S. 9/10.

103) F. Tezner, Der österreichische Kaisertitel. In: Grünhuts Zs. f. d. Privat- u. öffentl. Recht d. Ggw., 25. Jg. (1898), S. 414.

Kolonistendasein der Siebenbürger Sachsen gewähren würde.“ Deutlich klangen in ihren Ohren die Drohungen, die Dr. Trojan ausgesprochen hatte: „Seit Jahrhunderten sind die Tschechen von den Deutschen beherrscht worden. Nun kommt die Reihe der Herrschaft an die Tschechen und ihr Deutschen müßt euch jetzt gefallen lassen, die Bedienten zu spielen.“¹⁰⁴

Mit dem Eintritt der böhmischen Abgeordneten in den Reichsrat 1879 haben sie praktisch — trotz der von ihnen abgegebenen „Rechtsverwahrungen“, die fortan alle tschechischen Abgeordneten bis zum Zerfall Österreich-Ungarns abgaben¹⁰⁵ — die österreichische Verfassung anerkannt. Seither finden wir unter den politischen Argumenten neben dem historischen staatsrechtlichen Anspruch auch wieder die ethnisch-nationale Motivierung, die schon 1848, vor allem bei Palacký, angeklungen war.¹⁰⁶ Diese Kombination des natürlichen Rechts mit dem historischen Recht, wie sie für Palacký¹⁰⁷ charakteristisch ist, treffen wir auch bei Masaryk wieder, der in seinen Gesprächen mit Čapek¹⁰⁸ rückblickend folgendermaßen argumentiert: „Ich lehnte das sogenannte historische Recht niemals ab, vereinigte es aber mit dem Naturrecht: Dieses ist vor allem demokratischer. Das Recht ist nicht ein ererbtes Privileg, sondern der Anspruch eines jeden Menschen auf sein Leben. Die Jungtschechen beriefen sich in ihren Anfängen richtigerweise auf das natürliche neben dem historischen Recht.“

104) zit. nach H. Kudlich, Rückblicke und Erinnerungen. Wien 1873. 3. Bd, S. 245.

105) Auch die im Egerland gewählten Reichsratsabgeordneten übernahmen ihr Mandat jeweils unter ausdrücklicher Rechtsverwahrung, um dadurch die staatsrechtliche Stellung des ehemaligen Reichspfandlandes Eger zu unterstreichen. (Vgl. H. Sturm, Bayern und Eger seit dem Beginn des 19. Jhs. In: Böhmen und Bayern. München 1958. S. 121.)

106) vgl. R. Herrnritt, Handbuch, S. 72; K. Kramář, Anmerkungen, S. 68.

107) vgl. Zd. Tobolka, Das böhmische Volk. Prag 1916. S. 75; J. Redlich, Das österreichische Staats- und Reichsproblem. 1. Bd, Leipzig 1920. S. 280—281; F. Kameníček, Protokoly ústavního výboru říšského sněmu rakouského 1848—49 [Die Protokolle des Verfassungsausschusses des österr. Reichstages 1848—49]. In: Pekařův sborník II [Pekař-Festschrift, 2. Bd]. Prag 1930; K. Stloukal in: Die Tschechoslowakische Republik. Ihre Staatsidee in der Vergangenheit und Gegenwart. 1. Bd, Prag 1937. S. 84; W. Wostry, Das Nationalitätenstaatsproblem in der böhmischen Revolution des Jahres 1848. In: Auslandsdeutsche Volksforschung, 2. Bd (1938), S. 510—511; R. Wierer in: ZfO. 6. Jg. (1957), S. 255.

108) Masaryk erzählt sein Leben. Gespräche mit K. Čapek. Aus dem Tschechischen übersetzt von C. Hoffmann. Zürich o. J. S. 127, ähnlich S. 121.

Diese von Palacký und Masaryk — gegenüber dem von den Alttschechen starr verfochtenen böhmischen Staatsrecht — propagierte Doppelgleisigkeit, dieses „sowohl — als auch“ wurde während des Weltkrieges von allen tschechischen Parteien mit Ausnahme der tschechischen Katholiken¹⁰⁹ zum Programm erhoben. Die staatsrechtliche Deklaration vom 30. Mai 1917, die Antwort auf die Thronrede Kaiser Karls, beansprucht bereits die Slowakei unter Berufung auf das nationale Selbstbestimmungsrecht¹¹⁰, und die Erklärung des tschechischen Nationalausschusses vom 19. Oktober 1918, mit der die Tschechen das Manifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918 beantworteten, protestiert gegen den Versuch, „die Einheit der tschechoslowakischen Nation zu zerreißen und die Einheit und Unteilbarkeit der böhmischen Länder zu bedrohen.“¹¹¹

Von sudetendeutscher Seite hat Franz Jesser auf die Gefahr einer solchen Kombination hingewiesen, auf diesen Versuch einer Identifizierung des völkisch-tschechischen mit dem böhmisch-territorialen Patriotismus, der die Hoffnung erweckte, daß zuletzt böhmisch und tschechisch gleichgesetzt wird, d. h. daß alles „böhmische“ künftig stets auch tschechisch sein werde.¹¹² Ein Ziel, dessen Verwirklichung nach dem Zweiten Weltkrieg auch tatsächlich gelang.

IX

Wir sind heute geneigt, in einer Neuordnung Österreichs in föderalistischem Sinne die ideale Verwirklichung einer übernationalen Staatsidee, die Lösung des mitteleuropäischen Nationalitätenproblems schlechthin zu erblicken. Und wir können heute kaum mehr, wie es unsere Großväter taten, im böhmischen Staatsrechtsprogramm eine hochverräterische Handlung erblicken. Man kann aber auch das böhmische Staatsrecht nicht einfach als einen der vielen Pläne zur Föderalisierung der Donaumonarchie betrachten. Dann hätten die Tschechen zumindest eine Diskussion darüber zulassen müssen, ob dieser Föderalisierung statt der historischen Länder nicht die Volksstämme zugrunde zu legen wären. Ebensovienig kann man das österreichische Staatsgefühl der Sudetendeutschen lediglich aus ihrer zentralistischen Einstellung erklären; das Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit mit den übrigen Deutschen der Monarchie als Schutz gegen eine Majorisierung durch die Tschechen fällt hier sehr gewichtig in die Waagschale. Nicht ein zentrifugales Wegstreben aus dem böhmischen Raum

109) vgl. F. Kordač, Aus einer Konferenz der böhmischen Katholiken. In: Das Neue Österreich, Wien, 2. Jg. (1917/18), H. 11, S. 22.

110) vgl. E. Strauss, Die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik. Prag 1935. S. 189.

111) J. Werstadt in: Die Tschechoslowakische Republik. Ihre Staatsidee in d. Vgh. u. Ggw. 1. Bd, Prag 1937. S. 138.

112) Deutsche Arbeit, Prag, 16. Jg. (1916/17), H. 1, S. 13.

war die Antwort der Deutschen auf die tschechischen staatsrechtlichen Forderungen — diese Lösungsmöglichkeit wurde erst sehr spät und nur von einer sehr kleinen Gruppe überhaupt in Erwägung gezogen — sondern eine den böhmischen Raum in seiner Gesamtheit mitumfassende, ihn überwölbende größere Staatsbildung, wie die Donaumonarchie sie darstellte, war ihr Ziel, das sie sich freilich stark zentralistisch dachten.

Wie das starre Festhalten der Tschechen an dem staatsrechtlichen Programm¹¹³ mit allen seinen Folgerungen¹¹⁴ jede schrittweise Annäherung der beiden Standpunkte verhinderte, so hat das geflissentliche Übersehen der ihm innewohnenden Gefühlswerte auf deutscher Seite zu einer Versteifung der Fronten beigetragen.

Die Deutschen konnten den Gedankengängen der Vorkämpfer eines historischen böhmischen Staatsrechts und den beharrenden Kräften einer solchen Tradition nicht gerecht werden, solange sie an sie die Maßstäbe eines doktrinären Nationalliberalismus, eines etatistischen Zentralismus, eines überspitzten Rechtspositivismus anlegten. Man hat es aber auf tschechischer Seite unterlassen, sich neben der Geschichte auch noch auf die innere Güte der Idee zu berufen, ihre Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit auch für die übrigen Beteiligten, für die Deutschen dieser Länder und für den Gesamtstaat nachzuweisen. Man hat vor allem das historische Staatsrecht im entscheidenden Augenblick dadurch entwertet, daß man es nur dort anwenden wollte, wo dies zum eigenen Vorteil ausschlug, und es sofort bedenkenlos zugunsten eines naturrechtlich begründeten Selbstbestimmungsrechtes aufgab, wo dieses einen größeren Erfolg versprach.

Eine sehr wichtige Frage ist in den letzten siebenzig Jahren des Bestehens Österreich-Ungarns kaum mehr angeklungen, eine Frage, die noch im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, im Zeitalter des Landespatritismus, eine Selbstverständlichkeit gewesen ist und seit dem Jahre 1848 mit ebensolcher Selbstverständlichkeit von keiner der beiden Parteien überhaupt mehr ins Treffen geführt wurde: daß nämlich das Zusammenleben zweier Völker in einem Land nicht nur ein Kampf um den nationalen Besitzstand, um den Arbeitsplatz jedes einzelnen ist, sondern auch ein Wettbewerb, der zur Anspannung aller Kräfte, zur Hervorbringung der bestmöglichen Leistung anspornt.

113) Die übrigen Nationen Österreichs spotteten über die „Antiquitätenkammer des böhmischen Staatsrechts“ (Aurel Popovici, zit. nach H. Münch, S. 244).

114) vgl. J. Stránský, zit. bei H. Hantsch, S. 468.